

Express vom 18.09.2014 , S. 2

NRW: Streit mit Bund um Flüchtlinge

Sieben neue Zentralunterkünfte entstehen. 45 000 Asylbewerber kommen zusätzlich

Von GERHARD VOOGT

Düsseldorf – NRW rechnet in den nächsten zwölf Monaten mit bis zu 45 000 neuen Asylbewerbern. In einem Bericht, der EXPRESS vorliegt, kündigt NRW-Innenminister Ralf Jäger (53, SPD) die Inbetriebnahme von sieben neuen Zentralunterkünften an. Unter anderem sollen Asylbewerber auf dem Gelände des früheren britischen Hauptquartiers in Mönchengladbach-Rheindahlen (500 Plätze) untergebracht werden. Neue Plätze soll es auch in Willich

(250), Duisburg (300), Oerlinghausen (500) und Bad Driburg (300) geben.

Die Kommunen fühlen sich bei der Bewältigung des Flüchtlingsstroms im Stich gelassen. Nach dem bisherigen Zuweisungsschlüssel erhält Köln nur 11,6 Prozent, Bonn 22,1 Prozent und Düsseldorf 29,7 Prozent der Kosten erstattet. Das Land setzt sich dafür ein, dass der Bund die Krankheitskosten der

Asylbewerber übernimmt.

André Kuper, Kommunalexperte der CDU-Landtagsfraktion: „Bosni-

en, Serbien und Mazedonien müssen vom Bundesrat als sichere Herkunftsländer anerkannt werden. So könnte die hohe Zahl offensichtlich unbegründeter Asylanträge reduziert werden. In der Stadt Essen allein sind 70 Prozent der Asylbewerber Menschen aus Westbalkanstaaten.“ Heute debattiert der Innenausschuss über das Thema.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.09.2014 , S. 4

Städtetag fordert Asyl-Sofortprogramm von Bund und Ländern

„Verfahren verkürzen und Kapazitäten für Unterbringung vergrößern“ / Bundesrat soll Weg zur Asylrechtsreform freimachen

reb. DÜSSELDORF, 17. September. Der Deutsche Städtetag fordert ein Sofortprogramm von Bund und Ländern zur Unterbringung und angemessenen Versorgung von Flüchtlingen. Die Kommunen betrachteten „den dramatischen Anstieg der Asylbewerberzahlen mit größter Sorge“, heißt es in einem am Mittwoch in Münster verabschiedeten Beschluss des Städtetags. „Die Städte tun, was sie können, um schutzbedürftigen Menschen zu helfen“, sagte der Nürnberger Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Ulrich Maly (SPD). Dass aber allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres schon 100 000 Menschen und damit 60 Prozent mehr als im Vergleich zum Vorjahr Asyl

in Deutschland beantragt hätten, stelle die Städte vor „erhebliche praktische Probleme“. Die Asylverfahren müssten verkürzt und die Unterbringungskapazitäten in den Ländern erheblich aufgestockt werden. Zudem benötigten die Kommunen Investitionshilfen sowie eine „zeitnahe Erstattung“ ihrer Kosten, da es sich bei der Flüchtlingsversorgung um eine Aufgabe der Länder handle.

Eindringlich appellierte der Städtetag

an den Bundesrat, am Freitag den Weg für eine Asylrechtsreform frei zu machen. Wie von der großen Koalition geplant, müssten die Staaten vom Westbalkan Serbien, Mazedonien Bosnien und Hercegovina als „sichere Herkunftsländer“ eingestuft werden, heißt es im Münsteraner Städtetagsbeschluss. Union und SPD haben keine Mehrheit im Bundesrat und sind deshalb auf die Zustimmung der Grünen angewiesen, die aber das Konzept der „sicheren Herkunftsländer“ ablehnen. Verhandlungen zwischen dem Kanzleramt und den Grünen über einen möglichen Kompromiss sind bisher ohne Ergebnis geblieben. Die Grünen fordern von CDU/CSU und SPD Entgegenkommen. Unter anderem soll das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft und Asylbewerber wie alle anderen Arbeitssuchenden nach den Regeln des Sozialgesetzbuchs II behandelt werden. Es gelte, Verbesserungen der Situation der Flüchtlinge und zugleich eine finanzielle Entlastung der Kommunen zu erreichen.

Der Städtetag wies am Mittwoch darauf hin, dass seit dem Wegfall der Visumpflicht die Asylbegehren aus den West-

balkanländern sprunghaft gestiegen seien; anerkannt worden seien in diesem Jahr allerdings nur 0,3 Prozent von ihnen. „Bei Bund, Ländern und Kommunen verringern sich durch die Asylbewerber aus diesen Staaten die Kapazitäten für viele tatsächliche Asylsuchende“, sagte Maly. Der Städtetagspräsident forderte die Länder auf, zumindest jene Bewerber mit offensichtlich unbegründeten Asylbegehren in ihren zentralen Aufnahmeeinrichtungen zu behalten, statt sie schon nach wenigen Tagen an die Kommunen weiterzuleiten.

Unterdessen besetzten am Mittwoch rund 30 Menschenrechtsaktivisten und Flüchtlinge die Parteizentrale der Grünen in Berlin. Die Gruppe, die sich „Aktion gegen Asylrechtsverschärfung“ nennt, forderte die Grünen auf, im Bundesrat gegen das Gesetz der schwarz-roten Regierung zu sicheren Herkunftsländern zu stimmen. Das fordern auch mehrere Politiker der Grünen in einem Aufruf mit dem Titel „Das Recht auf Asyl gilt ohne Kompromisse“. Zu den Unterzeichnern gehörten die grüne Europaabgeordnete Ska Keller und die frühere Parteivorsitzende Claudia Roth.